Arbeiter im Staatssozialismus - Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Die DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich

Veranstalter: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Datum, Ort: 25.09.2003-27.09.2003, Potsdam
Bericht von: Pavel Kolar, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die Potsdamer Tagung zur Geschichte der Arbeiter im Staatssozialismus hatte sich mehrere Ziele gesetzt: Zuerst ging es den Veranstaltern um eine tiefere Einbettung der DDR in den Gesamtkontext des Sowjetblocks, wobei der konventionelle Bezugsrahmen des DDR-Vergleichs - die Tschechoslowakei und Polen, eventuell auch Ungarn - um südosteuropäische Länder erweitert wurde. Gleichzeitig wurde eine Erweiterung der Themenbereiche, Methoden und Quellen auf diesem Forschungsgebiet der Zeitgeschichte angestrebt, das im Rahmen der DDR-Forschung bisher eher randständig wirkte. Dies gilt noch mehr für die gegenwärtigen Forschungslandschaften Osteuropas, wo die vor der Wende ideologisch belastete und in den 90er Jahren weitgehend vernachlässigte, im Schatten einer dominanten Herrschaftsgeschichte der politischen Elite stehende Arbeitergeschichte erst ihren Platz sucht. Eine produktive Erfassung dieses weiten Problemfeldes wurde durch eine effektive Tagungsorganisation begünstigt, indem die schon im Voraus vorliegenden Beiträge jeweils am Sektionsbeginn von Moderatoren zusammengefasst wurden, so dass genug Zeit für eine vertiefende Diskussion zur Verfügung stand.

In der ersten Sektion „'Arbeiterstaat' als politische Konstruktion und Inszenierung" stand das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und den Arbeitern im Mittelpunkt. Der erste Einführungsvortrag von Dietrich Beyrau (Tübingen) setzte die Arbeitergeschichte des Ostblocks in den Kontext der sowjetischen Entwicklung und befasste sich dabei in erster Linie mit dem „sowjetischen Modell". Dabei unterstrich Beyrau neben dessen allgemeinen Zügen - wie economy of shortage und economy of favours - die Einzigartigkeit des „sowjetischen Modells" sowie die Gefahr einer einfachen Übertragung auf andere sozialistische Länder. Als ein Beispiel dazu, lässt sich die extensive Industrie in der Sowjetunion herausgreifen, d.h. riesige, von bewohnten Gebieten entfernte Industriezonen, die durch hohe Fluktuation, Kriminalität und Alkoholismus der Arbeiter gekennzeichnet waren und die in der Folge eine negative Konnotation des Arbeiterbegriffes in der Sowjetunion heraufbeschworen.

Der zweite Einführungsvortrag von Christoph Boyer (Frankfurt a. M./Berlin) wandte sich konzeptuellen Überlegungen zur Geschichte der Arbeiterschaft im Staatssozialismus zu. Boyer plädierte für eine konsequent sozialhistorische Methode, die die institutionelle Verfasstheit und den makroökonomischen Kontext der Sozialprozesse nicht aus den Augen verliert. Einerseits grenzte er sich vom totalitarismustheoretischen Ansatz ab, der an unbeschränkte Staatsmacht glaubte, in dem er Defizitkategorien wie „systemische Fehlprogrammierung" und gesellschaftliche „Grenzen der Beherrschbarkeit" entwarf. Andererseits lehnte er einen rein kulturalistischen Ansatz ab, der seiner Meinung nach nur „die dunstigen Metaphänomene oder Sekundäreffekte" wie Diskurse und Erinnerungskulturen zur Kenntnis nimmt; man könne bei der Erforschung der Arbeitergeschichte nicht ohne die „dreckige, stinkende Realität" auskommen. Schließlich sprach er sich für die Anwendung des Vergleichs unter einer Perspektive der longue-durée aus.

Im anschließenden Diskussionsblock, der von Jürgen Danyel mit einer Zusammenfassung der Beiträge eröffnet wurde, ging es vornehmlich um die drei folgenden Themenkomplexe: Zunächst schien jedoch der mehrschichtige Begriff Sowjetisierung als ein umfassendes Erklärungsmodell für das Verhältnis zwischen der Staatsmacht und der Arbeiterschaft in den fünfziger Jahren in das Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. Peter Heumos (München) argumentierte anhand des Beispiels der tschechoslowakischen Arbeiter, dass die sowjetischen Modelle zur Zeit ihrer Übertragung selbst in der Sowjetunion bereits überholt waren (wie die Stachanow-Bewegung oder die Kameradschaftsmodelle) und demnach keine ernsthafte Herausforderung bedeuteten. Es reiche aus, den Begriff

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

lediglich auf Makrobedingungen, Planwirtschaft und Parteiherrschaft zu beschränken, denen konkrete autochtone Bedingungen entgegengestellt werden müssen. Auch für den Bereich der kulturellen Massenarbeit in den Betrieben, so Annette Schuhmann (Potsdam), lässt sich eindeutig das Scheitern der Sowjetisierung feststellen: in der DDR fand bereits in den fünfziger Jahren eine Abwendung vom sowjetischen hin zu einem spezifisch „deutschen" Modell statt. Christoph Kleßmann (Potsdam) und Klaus Tenfelde (Bochum) plädierten für die Beibehaltung des Begriffes Sowjetisierung im breiten Sinne, da damit auch das Nicht-Funktionieren und Scheitern erklärt werden könne.

Als ein zweites Thema trat in der Diskussion das Phänomen des Tradeunionismus hervor. Ausgangspunkt dafür war der tschechoslowakische Fall, für den Peter Heumos eine Kontinuität der gewerkschaftlichen Tradition aus der Zwischenkriegszeit und eine darauf basierende Möglichkeit einer betriebsinternen Öffentlichkeit postulierte. Nicht zu übersehen ist freilich die politische Dimension des Tradeunionismus - so wollten beispielsweise die Arbeiter in der DDR nicht mit der Betriebsleitung, sondern direkt mit der Regierung verhandeln. In der Tschechoslowakei ging die Kluft zwischen den Arbeitern und der eine Reform anstrebenden Parteiintelligenzija in den Sechzigern weit auseinander. Ein ähnlich reformfernes Verhalten der Arbeiter war auch in Rumänien und Bulgarien vorhanden.

Im Anschluss an die Frage der Distanz der Arbeiter zu den Reformen, fand in der Diskussion die von Christoph Kleßmann eingeführte These über den Konservatismus der Arbeiterschaft Widerhall, die die langfristigen politischen Traditionen bzw. die politische Kultur wieder ins Spiel brachte. Während in Russland die traditionelle „subalterne Attitüde" der Arbeiter aus der Zarenzeit mit Konservatismus verbunden war, könnte man im Fall Bulgariens über den Konservatismus der Arbeiterschaft höchstens dann sprechen, wenn ihre weitgehende Inaktivität und ihre ablehnenden Haltung gegenüber Reformen gemeint seien. Allerdings mangelte es der Diskussion über den Konservatismus an begrifflicher Klarheit: Während Bernd Gehrke (Potsdam) Konservatismus als Widerstand gegen Einführung der sozialen Regulationsmechanismen und technokratischen Reformen verstand, wies Klaus Tenfelde auf die Notwendigkeit hin, zwischen kulturellem (habituellem, an Karl Mannheims „Traditionalismus" erinnernd) Konservatismus einerseits und dem explizit politischen Konservatismus andererseits zu unterscheiden.

Mit dem Thema Arbeiterkonservatismus hängen die soziokulturellen Prozesse der Verbürgerlichung bzw. Verbäuerlichung der Arbeiter eng zusammen. Die sich durch ihren Habitus und Lebensstil von der traditionellen urbanen Arbeiterschaft unterscheidenden „peasant workers" waren vor allem für die Formierung der bulgarischen und rumänischen Arbeiterschaft prägend, wie Ivo Georgjev (Sofia) und Dragos Petrescu (Bukarest) darlegten. Doch auch in industrialisierten Gebieten wie Böhmen dürfe man diese Erscheinung nicht übersehen, bemerkte Peter Heumos.
Andererseits gab es auch die Tendenz, den Arbeitern die bürgerliche Hochkultur aufzuoktroyieren. Diese Versuche stießen bei den Arbeitern vorwiegend auf Widerstand. Mit der Verbürgerlichung ging in der Regel auch die Nationalisierung der Arbeiterkultur, vor allem mittels der Einführung eines nationalen Bildungskanons, einher.

Die zweite Sektion, die sich den Arbeiterverhältnissen und Arbeiterexistenzen zuwandte, wurde von einem Vortrag von Peter Hübner (Potsdam) eröffnet, der die Arbeitsbeziehungen und sozialen Sicherungssysteme in der ostmitteleuropäischen Vergleichsperspektive betrachtete und dabei interessante Unterschiede zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern feststellte. Während man in der DDR in vielen Punkten an der Bismarckschen bzw. sozialdemokratischen Tradition festhielt, wurde in den meisten anderen Ostblock- Ländern das kostenlose, staatlich organisierte und finanzierte Sozial- und Gesundheitssystem eingeführt. Auf Dauer setzten sich massive Subventionierung und ein doppeltes Preissystem durch. Dabei sticht der polnische Fall heraus, wo das Sozialsystem infolge eines raschen Anstiegs der Rentnerzahlen und hoher Inflation zusammenbrach.

Aus den vorliegenden Sektionsbeiträgen, zusammengefasst von Jennifer Schevardo

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

(Potsdam), kristallisierten sich drei Schlüsselprobleme heraus: Erstens wurde eine Heterogenität der Arbeiterschaft festgestellt, die sich in unterschiedlichen kulturellen und sozialen Dispositionen der Arbeiter ausdrückten, die verschiedenen sozialen, ethnischen, konfessionellen, geschlechtsspezifischen und regionalen Milieus entsprangen. Gleichzeitig unterschieden sich die einzelnen Länder in der Transformationsdynamik der Arbeiterschaft: hier bestand eine relative Kontinuität der Arbeiterklasse (DDR, Tschechoslowakei), dort unterlag sie umwälzenden Änderungen (Ungarn, Rumänien, Bulgarien).

Zweitens wird bei der Erforschung gesellschaftlicher Systeme und der Herrschaftspraxis zunehmend deutlich, dass die strenge Unterscheidung zwischen „Herrschenden" und „Beherrschten" zu abstrakt ist. In den Vordergrund treten die Wechselwirkungen und Durchdringungen zwischen beiden Sphären, wofür die Betriebsleitungen das beste Beispiel sind. Als neue Themen werden der Aufbau informeller Netzwerke und alternativer Machtzentren, diverse Aushandlungsformen oder individuelle Leitungsstille erforscht.
Drittens schließlich rückt der betriebliche Alltag in den Blick der Forscher und öffnet neue Forschungsfelder wie die Prägung des Betriebsalltags durch wirtschaftliche und soziale Mängel, Nivellierung bzw. Differenzierung der Löhne, der traditionelle Egalitarismus der Arbeiter oder die Umwandlung der Betriebskultur insbesondere in den sechziger Jahren.

In der Diskussion über die Rolle der Partei im Betriebsalltag bestand Konsens darüber, dass eine Sonderposition der Partei kaum vorhanden war, da sich die Kompetenzsphären mit denen der Gewerkschaften und des Betriebsmanagements ständig überschnitten. Dementsprechend wurde auch das Bild einer omnipräsenten und omnipotenten Partei in den Betrieben in Frage gestellt: so merkte Malgorzata Mazurek (Warschau) an, dass beispielsweise in Polen die Parteifunktionäre eher als Technokraten wahrgenommen wurden, die von den Gewerkschaftsfunktionären nicht scharf zu trennen waren. Auch in der Tschechoslowakei war die Macht der Partei in den Betrieben auf keinen Fall unbegrenzt und beschränkte sich in der Regel auf die Kontrolle des Betriebsmanagements. Annette Schuhmann wies darauf hin, dass die Machtstellung der Partei im Bereich der Kulturarbeit in den Betrieben nicht überschätzt werden sollte, in der DDR übte sie vor allem eine kontrollierende Funktion aus und schaltete sich im Wesentlichen nur in Krisensituationen ein.

Die letzte Sektion „Arbeiter und politische Konfliktkonstellation" hatte vor allem die Streikbewegung im Sozialismus und ihre Pazifizierung zum Thema. Christoph Kleßmann markierte in seinem Einführungsvortrag mögliche Problemfelder und Forschungsdesiderata für einen DDR-Osteuropa-Vergleich, u.a. die Interaktion zwischen der lokalen Betriebskultur und der Intensität der Streiks, der Widerhall der Arbeiteraufstände in den Nachbarländern oder das Phänomen des „geheimen Sozialkontraktes". Als ein gemeinsames Charakteristikum lässt sich ein allmählicher Rückzug harter Konfliktformen zugunsten eines „informal settlement" feststellen, der jedoch langfristig ruinöse Effekte hatte.

Mary Fulbrook (London) klassifizierte in ihrer Zusammenfassung der Sektionsbeiträge verschiedene Formen des Arbeiterprotestes sowie Gegenstrategien der Staatsmacht. Bei den letztgenannten unterschied sie zwischen „hard strategies" (Schwerpunkt Staatssicherheit) und „soft strategies", mit denen sie u.a. den Begriff des „geheimen Sozialkontraktes" verband. Bei den Strategien und Formen des Arbeiterprotestes erkannte Fulbrook ein breiteres Spektrum von Möglichkeiten: es streckte sich von mit der Hoffnung auf Verbesserung gekoppelten „coactive strategies" bis hin zu den entpolitisierten „apathetic strategies". Bemerkenswert ist eine fortschreitende Normalisierung des Protests (Eingaben).

In der Diskussion über die Rolle der Repressionsorgane wies Jens Giesecke (Berlin) darauf hin, dass für die Honecker-Ära die Rolle der Staatssicherheit in den Betrieben oft übertrieben wird. Die Staatssicherheit war nicht primär zum Unterdrücken des Arbeiterprotestes oder der Opposition, sondern vor allem zur Verhinderung von Republikflucht bzw. für das Überwachen von bewaffneten Organen, der Nomenklatur sowie Reisekadern bestimmt. Es lag nicht im Interesse der Macht, Arbeiter zu kriminalisieren. Hingegen argumentierten Renate Hürtgen und Bernd

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Gehrke (beide Potsdam), dass nicht nur das reale Überwachen, sondern auch die Vorstellung der Präsenz des MfS als Normalität berücksichtigt werden muss. Allerdings ließe sich die Herrschaftspraxis in Betrieben nicht auf die Präsenz der Staatssicherheit reduzieren, sondern die Betriebe müssten als komplexe Herrschaftsgebilde betrachtet werden.

Einen zweiten Punkt stellte das Verhältnis zwischen dem sich verändernden Charakter der Arbeiterschaft und den Formen des Protests dar. Mark Pittaway (Milton Keynes) hob eine steigende Formalisierung des Arbeiterprotestes in Ungarn in den sechziger Jahren hervor: der (spontane) Streik als Protestform verschwand und wurde durch Verhandlungen ersetzt. Auch in der Tschechoslowakei verlor Streik als Protestform im Laufe der 1960er Jahre an Boden, selbst wenn seine Hauptursache - die steigenden Normen - weiterhin existierte. Deshalb ist zu fragen, in wie fern sich die Arbeiterschaft selbst sozial und kulturell veränderte und wie diese Veränderungen die Formen des Protests prägten. So berief sich z. B. die „Solidarnosc“ im Kontrast zu den früheren polnischen Arbeiterprotestbewegungen nicht mehr auf die linke sozialistische Tradition. Auch die Veränderung der Wirtschaftsstruktur wirkte sich aus: Für die Entwicklung der Arbeiterschaft in den 1980er Jahren war die weltwirtschaftliche Marginalisierung ihrer Großbetriebe grundlegend.

In der Schlussdebatte wurde vor allem auf die nicht genügend behandelten Themen sowie Forschungsdesiderata hingewiesen. Peter Hübner unterstrich die Notwendigkeit, die Brigaden genauer zu untersuchen, um der Idealisierungsgefahr zu entgehen. Dies muss durch die Veränderung des Arbeitsbegriffes und Arbeitsverständnisses reflektiert werden. Neben dem Phänomen Arbeit muss man aber auch das Phänomen Nicht-Arbeit im Sozialismus wie Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit oder Exklusion aus dem Arbeitsmarkt stärker als bisher ins Visier nehmen, das noch immer eine erhebliche Forschungslücke darstellt.
Christoph Kleßmann plädierte für die Durchführung diachroner Vergleiche, die beispielsweise die Modernisierungseffekte der Sowjetisierung beleuchten können. In den kommenden Tagungen, die die Veranstalter planen, würden zahlreiche Themen, die während der Tagung nur kurz angesprochen werden konnten, spezielle Aufmerksamkeit erhalten: das gilt nach Meinung Kleßmanns insbesondere für die peasant workers, die Ausstiegsmöglichkeiten aus der Arbeiterklasse, die Schattenwirtschaft oder das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz.

Abschließend wurden die verschiedenen Konzeptangebote kurz gestreift. Vor allem scheinen - bei aller Dominanz sozial- und wirtschaftshistorischer Fragestellungen - auch die kulturhistorischen Ansätze in den Bereich der Arbeitergeschichte durchzudringen: Begriffe wie Diskurs, Habitus oder politische Kultur bzw. Tradition werden von den Sozialhistorikern zunehmend gebraucht. Letztendlich werden auch ökonomische Faktoren, wie Klaus Tenfelde abschließend bemerkte, hauptsächlich politisch bzw. kulturell vermittelt. Mehrere Beiträge auf dieser Konferenz haben bewiesen, dass ideologisierte Diskurse oder beharrliche Traditionen in der Arbeitergeschichte schließlich genauso „stinken“ können wie die „harte Wirklichkeit“. Gewiss geht es nun nicht darum, um jeden Preis alle „kulturalistischen“ Offerten auf Kosten der älteren Ansätze auszuprobieren. Auf jeden Fall aber präsentierte die Potsdamer Tagung die Arbeitergeschichte im Staatsozialismus als ein Forschungsgebiet der Zeitgeschichte, dem die starren Grenzen der älteren Sozialgeschichte offensichtlich zu eng werden.

Tagungsbericht *Arbeiter im Staatssozialismus - Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Die DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich*. 25.09.2003-27.09.2003, Potsdam, in: H-Soz-u-Kult 10.01.2004.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.